



# Briefing Notes Zusammenfassung

Gruppe 62 – Informationszentrum Asyl und Migration

Venezuela – Januar bis Juni 2022

01. Juli 2022

**03. Januar 2022**

## **Politische Gefangene und Haftbedingungen**

Laut Angaben der NGO Justicia Venezolana befindet sich der politische Gefangene Igbert José Marín Chaparro seit 21.12.21 im Hungerstreik, um den Besuch unabhängiger Organisationen, wie des Internationalen Roten Kreuzes und einer Kommission des UN-Hochkommissars für Menschenrechte, zur Verifikation der laut eigenen Angaben von ihm und anderen Gefangenen erfahrenen grausamen, unmenschlichen und erniedrigenden Behandlung in Haft zu erreichen. Am selben Tag ist Medienberichten zufolge zudem der inhaftierte Sohn des in Haft verstorbenen politischen Gefangenen Raúl Isaías Baduel (vgl. BN v. 18.10.21), Josnar Adolfo, mit Verletzungen, die auf Folter im Gefängnis des Geheimdienstes Sebin zurückgehen sollen, zur Operation in ein Krankenhaus eingeliefert worden. Auch der Gesundheitszustand des aufgrund seiner Tätigkeit inhaftierten Menschenrechtsverteidigers und Direktors der NGO Fundaredes, Javier Tarazona, verschlechterte sich laut Angaben seiner Organisation und Amnesty Internationals (ai) aufgrund fehlender medizinischer Versorgung stetig (vgl. BN v. 05.07.21). Die Zahl politischer Gefangener lag zum 28.12.21 laut Angaben der NGO Foro Penal bei 244 Personen. Ein am 21.12.21 veröffentlichter Bericht der NGO Observatorio Venezolano de Prisiones kritisiert zudem, dass mindestens 70 % der Gefangenen stark unterernährt seien und nur etwa 12 % der Inhaftierten regelmäßig drei Mahlzeiten pro Tag erhielten. Bereits im November 2021 hatten mehr als 600 Gefangene eines Gefängnisses des westlichen Bundesstaats Mérida mit einem Hungerstreik gegen die schlechte Versorgungslage und fehlende medizinische Versorgung protestiert. Am 28.12.21 berichtete der Direktor der NGO Provea in einem Fernsehinterview zudem von Hinweisen auf geheime Haftanstalten im Land, in denen Gefangene ebenfalls gefoltert und unmenschlich behandelt würden.

## **Sicherheitslage**

Die venezolanische Beobachtungsstelle für Gewalt verzeichnete im Jahr 2021 insgesamt 11.081 gewaltsame Todesfälle, was einem Durchschnitt von etwa 40,9 pro 100.000 Einwohner entspricht. Dies entspricht einem leichten Rückgang der Fallzahlen im Vergleich zum Vorjahr mit 11.891 registrierten Delikten. Besonders verbreitet sei die Gewalt im Hauptstadtdistrikt (77,9 pro 100.000 EW) sowie in den Bundesstaaten Miranda, Bolívar, Delta Amacuro und Aragua. Zudem bestehe die Präsenz bewaffneter Gruppen in der venezolanisch-kolumbianischen Grenzregion fort, welche dort oftmals die effektive Regierungsgewalt übernehmen und das staatliche Gewaltmonopol ersetzen. Daneben sind im Jahr 2021 insgesamt 1.634 verschwundene Personen registriert worden.

## **Stromausfälle zwischen Januar und November 2021**

Laut Angaben der Vorsitzenden des Komitees der von Stromausfällen betroffenen Menschen ereigneten sich zwischen Januar und November 2021 insgesamt 178.927 Stromausfälle im Land, davon alleine 22.978 im November 2021. Sie spricht zudem von einer zunehmenden Verschlechterung des nationalen Elektrizitätssystems, die sich u.a. auf Wirtschaft und die Gesundheitsversorgung auswirke, und weist die vonseiten offizieller Stellen häufig nach Stromausfällen erfolgende Begründung mit vermeintlichen Terroranschlägen zurück.

## 10. Januar 2022

### **Ergebnis der Regionalwahlen in Barinas**

Am 09.01.22 hat die Wahlwiederholung für den Gouverneursposten im Bundesstaat Barinas stattgefunden, die der regierungstreue Oberste Gerichtshof (TSJ) am 29.11.21 angeordnet hatte (vgl. BN v. 06.12.21). Laut Angaben der regionalen Wahlbehörde (Oficina Regional Electoral del Estado Barinas) hat der Oppositionskandidat Sergio Garrido (Mesa de la Unidad Democrática, MUD) nach Auszählung von 97,40 % der Stimmen mit über 55 % gegen den Kandidaten der Regierungspartei PSUV, Jorge Arreaza, gewonnen.

### **Schießerei in Barrancas del Orinoco**

Bei einer Schießerei sind am 01.01.22 laut Angaben des Direktors der polizeilichen Ermittlungseinheit Cuerpo de Investigaciones Científicas, Penales y Criminalísticas (CICPC) in der Gemeinde Barrancas del Orinoco im Bundesstaat Monagas mindestens sieben Personen getötet worden. Die lokale Abgeordnete Hernández sowie Vertretende der NGO Kapé Kapé sprechen von Zusammenstößen verschiedener bewaffneter, parastaatlicher Gruppen.

### **Extralegale Tötungen durch staatliche Sicherheitskräfte Dezember 2021**

Laut eines Berichts der NGO Control Ciudadano vom 06.01.22 sind im Dezember 2021 insgesamt 51 Personen durch staatliche Sicherheitskräfte und Angehörige der Streitkräfte, oft in gemischten Polizei- und Militärkommissionen, getötet worden. Während die Tötungen laut offiziellen Regierungsangaben bei einem Großteil der Fälle im Zusammenhang mit Zusammenstößen mit Kriminellen bei Sicherheitsoperationen erfolgt sein sollen, spricht die NGO hingegen vielmehr von extralegalen Tötungsdelikten, die sich zu großen Teilen in den Bundesstaaten Miranda und Carabobo (jeweils elf Fälle) sowie Zulia (acht) und Trujillo (sieben) ereigneten. Die NGO kritisiert zudem die fehlende Untersuchung und gerichtliche Aufarbeitung entsprechender Fälle, obwohl deren Mehrheit Merkmale außergerichtlicher Tötungen aufweise.

## 24. Januar 2022

### **Truppenverstärkung im Grenzgebiet, Zusammenstöße zwischen FANB und sog. Grupos Tancol**

Am 17.01.22 sind Regierungsangaben zufolge weitere Einheiten der Fuerza Armada Nacional Bolivariana (FANB) in den Staat Apure im venezolanischen Grenzgebiet zur Bekämpfung bewaffneter, terroristischer, in den Drogenhandel involvierter Gruppen aus Kolumbien (Terroristas Armados Narcotraficantes Colombianos, sog. Grupos Tancol) verlegt worden, nachdem Mitglieder der Zivilgesellschaft in einem Radioaufruf zuvor über die Übernahme des kolumbianischen Dorfes La Gabarra im Grenzgebiet durch 50 bewaffnete ELN-Kämpfer berichtet hatten. Am 21.01.22 sind Medienberichten zufolge bei Zusammenstößen zwischen FANB und der Gruppe Las Botas Negras in der Stadt Santa Lucía im Bundesstaat Zulia insgesamt zwei Kombattanten, vermeintlich kolumbianischer Herkunft, getötet, fünf weitere festgenommen und der venezolanischen Justiz übergeben worden. Die kriminelle Gruppe ist laut Globovisión im Bereich des Drogenhandels, Impfstoffschmuggels sowie Entführungs- und Auftragsmordsektor tätig.

## 31. Januar 2022

### **Unterschriftensammlung zur Abhaltung eines Referendums über Abberufung von Staatspräsident Maduro**

Am 26.01.22 hat in allen Bundesstaaten des Landes für zwölf Stunden eine Unterschriftensammlung zur Entscheidung über die Abhaltung eines Abberufungsreferendums gegen Staatspräsident Maduro stattgefunden. Laut Angaben des mehrheitlich regierungstreuen besetzten Obersten Wahlrates (Consejo Nacional Electoral, CNE) vom 27.01.22 war dieses von Oppositionsvertretenden beantragte Verfahren jedoch nicht erfolgreich, da innerhalb des Zeitraums nicht die notwendigen 20 % an Unterschriften in jedem Bundesstaat gesammelt werden konnten. Oppositionsvertretende kritisierten die Zeitspanne als zu kurz. Grundsätzlich besteht in Venezuela gemäß Verfassung die Möglichkeit, Mandatsträger nach Absolvierung der Hälfte ihrer Amtszeit durch ein Referendum abzuwählen.

## 07. Februar 2022

### **Gestiegene Lebenshaltungskosten**

Am 27.01.22 gab es in Caracas friedliche Proteste gegen die hohen Lebenshaltungskosten im Land. Laut Angaben der venezolanischen Beobachtungsstelle für Finanzen (Observatorio Venezolano de Finanzas, OVf) hat der Warenkorb für Lebensmittel in Fremdwährung im Januar 2022 mit 365 USD für eine fünfköpfige Familie einen neuen Höchststand erreicht, der Wert ist damit in den letzten zwei Jahren um 75 % gestiegen. Weder mit einem Arbeitergehalt von etwa 80 USD im Großraum Caracas noch mit einem Managergehalt von etwa 210 USD kann der vollständige Warenkorb bezahlt werden. Der aktuelle Mindestlohn liegt bei sieben Bolívares (VED, entspricht etwa 1,55 USD, Stand: 07.02.22).

## 14. Februar 2022

### **Sicherheitsoperation: Tötung des Bandenchefs El Koki**

Am 08.02.22 bestätigte Innenminister Ceballos, dass der gesuchte Bandenanführer, Carlos Luis Revet(t)e (bekannt als El Koki), im Zuge der am 06.02.22 begonnenen Polizeioperation Indio Guaicaipuro II in Las Tejerías im Bundesstaat Aragua, rd. 70 km von Caracas entfernt, von Mitgliedern der Spezialeinheit Cuerpo de Investigaciones Científicas, Penales y Criminalísticas (CICPC) getötet worden ist. Er war im Juli 2021 bei einer Polizeirazzia im von seiner Bande dominierten Viertel Cota 905 in Caracas entkommen und seither auf der Flucht. Zunächst war unklar, ob auch der Las Tejerías operierende und mutmaßlich mit El Koki verbündete Bandenchef Carlos Enrique Gómez Rodríguez, alias El Conejo, bei diesem Einsatz getötet worden ist. Seine Organisation soll das Gebiet als Zelle der mächtigsten Bande des Landes, El Tren de Aragua, kontrollieren. Am 09.02.22 gab der Minister für innere Beziehungen, Justiz und Frieden jedoch bekannt, dass El Conejo am Leben sei und weiter nach ihm gesucht werde.

### **Tote und Verhaftungen bei Militäroperationen im Bundesstaat Apure**

Am 11.02.22 hat Verteidigungsminister Padrino Lopéz auf einer Pressekonferenz berichtet, dass mindestens neun Angehörige bewaffneter Gruppierungen bei der Militäroperation Escudo Bolivariano 2022 im venezolanisch-kolumbianischen Grenzgebiet im Bundesstaat Apure getötet worden sind. Er bestätigte außerdem, dass acht Zivilisten einige Tage zuvor durch Landminen getötet worden sind. Zwar war Venezuela 2013 für landminenfrei erklärt worden, Antipersonenminen sollen seither laut Angaben der NGO Fundarede wieder in den Bundesstaaten Zulia, Táchira, Bolívar und Amazonas vorhanden sein. Laut Angaben des Generalstaatsanwalts Saab sind zudem seit September 2021 insgesamt 62 mutmaßliche Angehörige bewaffneter, terroristischer Drogenhändlergruppierungen aus Kolumbien, sogenannte Grupos Tancol, (Terroristas armados narcotraficantes colombianos) festgenommen worden. Der Großteil dieser Festnahmen erfolgte ebenfalls im venezolanisch-kolumbianischen Grenzgebiet (46 im Bundesstaat Apure sowie 9 in Táchira) sowie sieben in Bolívar an der Grenze zu Brasilien.

### **Pressefreiheit: Gerichtliche Enteignung des Redaktionssitzes der Zeitung El Nacional**

Im Zuge einer Verleumdungsklage des Vizepräsidenten der Vereinigten Sozialistischen Partei Venezuelas (PSUV) Diosdado Cabello gegen die regierungskritische Zeitung El Nacional ist deren Hauptsitz in der Wohnsiedlung Los Cortijos de Lourdes im Bundesstaat Miranda am 07.02.22 durch die venezolanische Justiz an Cabello übertragen worden. Bereits im Mai 2021 hatte der Oberste Gerichtshof El Nacional wegen „entstandenen moralischen Schadens“ durch deren Berichterstattung über eine Verbindung Cabellos mit Strukturen des Drogenhandels zu einer Strafe von mehr als 13 Mio. USD verurteilt und die Zeitung beschlagnahmt. Zahlreiche internationale Medien, NGOs und Medienschaffende verurteilten diesen Schritt als Angriff auf die Pressefreiheit und kritisierten das Gerichtsverfahren sowie die Entscheidung der Richterin aus einer Pro-Chávez Familie als willkürlich. Am Nachmittag des 11.02.22 war zudem die Internetseite der Zeitung zeitweise blockiert.

## 28. Februar 2022

### **Bericht zu Korrelation von Verleumdungskampagnen und willkürlichen Verhaftungen**

Eine am 10.02.22 von Amnesty International (ai), Foro Penal und dem Centro para los Defensores y la Justicia veröffentlichte statistische Analyse zeigt Muster und eine Korrelation zwischen Stigmatisierungskampagnen in regierungstreuen und -parteinahen bzw. staatlich finanzierten Medien und darauffolgenden willkürlichen, politisch

motivierten Verhaftungen bis hin zur Kriminalisierung entsprechender Personen vor Militärgerichten. Während des Untersuchungszeitraums zwischen Januar 2019 und Juni 2021 wurden besonders häufig Verhaftungen nach Verleumdungskampagnen der Medien Con el Mazo Dando, Misión Verdad und Luchuguinos verzeichnet. Die publizierenden Organisationen kritisieren diese systematische Repression oppositioneller Stimmen und fordern eine unabhängige Untersuchung der Ereignisse.

### **Extralegale Tötungen durch staatliche Sicherheitskräfte und Militärangehörige im Januar 2022**

Laut Angaben der NGO Control Ciudadano vom 17.02.22 sind im Januar 2022 mehr als 100 Personen durch staatliche Sicherheitskräfte und Angehörige der Bolivarischen Nationalen Streitkräfte (FANB) extralegal getötet worden. Die Organisation kritisierte dieses Vorgehen, welches vermeintlich Tötungen mutmaßlich krimineller ordentlichen Verfahren vorzieht, als das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit untergrabend. Die meisten dieser Fälle ereigneten sich der NGO zufolge in den Bundesstaaten Zulia und Aragua (jeweils 18) sowie Yaracuy (13), Miranda (10) und Carabobo (9), insgesamt waren 17 Bundesstaaten betroffen.

### **Abschlussbericht der EU-Wahlbeobachtungsmission**

Am 22.02.22 hat die EU-Wahlbeobachtungsmission ihren Abschlussbericht zu den Regionalwahlen im November 2021 vorgestellt. Der Bericht, welcher ausdrücklich nicht die Wahlwiederholung im Bundesstaat Barinas umfasst, nennt insgesamt 23 Empfehlungen für künftige Wahlprozesse in Venezuela, darunter die verstärkte Gewaltentrennung und Stärkung einer unabhängigen Justiz für mehr Autonomie des Nationalen Wahlrates. Des Weiteren schlägt der Bericht bspw. Maßnahmen zur ausgeglichenen Wahlkampfberichterstattung, die Garantie des passiven Wahlrechts durch Vermeidung willkürlichen Ausschlusses Kandidierender durch Verwaltungsverfahren sowie die Einführung eines Kontroll- und Sanktionssystems in Bezug auf den Einsatz staatlicher Mittel im Wahlkontext vor.

## **14. März 2022**

### **Wirtschaft: Inflation sinkt erneut, Erhöhung Mindestlohn**

Laut Angaben der venezolanischen Zentralbank (BCV) sei die im Februar 2022 erneut gesunkene Inflation, gemessen am Nationalen Verbraucherpreisindex (NCPI), mit 2,9 % (Januar 2021: 6,7 %) die niedrigste seit acht Jahren. Sie lag damit den sechsten Monat in Folge im einstelligen Bereich. Bereits im Dezember 2021 verkündete die BCV das Ende der Hyperinflation, da sie zu diesem Zeitpunkt zwölf Monate in Folge Preissteigerungsraten von unter 50 % verzeichnet hatte. Nichtsdestotrotz gehen Experten für das Jahr 2022 selbst im optimistischsten Fall von weiterhin chronisch hoher Inflation mit jährlichen Preissteigerungsraten im niedrigen dreistelligen Bereich aus. Am 03.03.22 hat Staatspräsident Maduro eine Festlegung des monatlichen Mindestlohns auf einen halben Petro (Kryptowährung der Regierung) verkündet. Dies entspricht einer Erhöhung um das 18-fache auf rd. 28 USD (126 Bolívar). Verschiedene Arbeitnehmerverbände kritisieren dies jedoch als unzureichend, da damit nicht einmal die Kosten für den Grundnahrungsmittelkorb, welche laut Angaben des Centro de Documentación y Análisis Social de la Federación Venezolana de Maestros (CENDAS-FVM) im Januar 2022 bei 448 USD gelegen hatten, decken würde. Zudem sei das Realeinkommen auch aufgrund der hohen Inflation geringer und der monatliche Mindestlohn liege nach wie vor deutlich unter denjenigen der Region sowie Kubas und Haitis.

### **Gesundheit**

Der venezolanische Ärzteverband (FMV) wies am 10.03.22 erneut auf die Krise im Gesundheitssystem des Landes hin. So sprach deren Präsident von erheblichen Problemen in einem Großteil der 301 Gesundheitszentren des öffentlichen Krankenhausnetzes. Dies sei u.a. auf mangelnde Wartung sowie fehlende medizinische Ausrüstung und Arbeitsgeräte, aber auch mangelnde Strom- und Wasserversorgung zurückzuführen. Zudem sei das Sterberisiko insbesondere für Menschen mit chronischen Krankheiten mangels ausreichender Medikamentenverfügbarkeit in öffentlichen Kliniken erhöht, auch die Personaldecke sei aufgrund geringer Gehälter und hoher Abwanderungsraten von Fachärzten mitunter gering.

### **Zwei US-Bürger nach Gesprächen zwischen USA und Venezuela aus Haft freigelassen**

Am 05.03.22 ist eine hochrangige US-Delegation erstmalig seit über 20 Jahren wieder zu Gesprächen mit venezolanischen Regierungsvertretern nach Caracas gereist, in denen es u.a. um die Themen Energiesicherheit,

die amerikanischen Sanktionen gegen den venezolanischen Ölsektor sowie die Haftbedingungen für amerikanische Staatsbürger ging. Im Anschluss sind am 08.03.22 zwei amerikanische Staatsbürger freigelassen worden, darunter mit Gustavo Cardenás eine der im Jahr 2017 verhafteten Führungskräfte der Tochterfirma Citgo des venezolanischen staatlichen Ölkonzerns PDVSA (sogenannte Citgo 6). Der Besuch wird in Zusammenhang mit dem durch Staatspräsident Biden verhängten Einfuhrverbot für russisches Öl und Gas im Zuge der Sanktionen wegen des Ukrainekriegs am 08.03.22 und dem Ausloten einer möglichen Kompensation durch venezolanisches Öl gesehen. Experten gehen jedoch davon aus, dass die dortige marode Ölindustrie, trotz Ankündigung einer erheblichen Produktionssteigerung auf bis zu zwei Millionen Barrel täglich durch Staatspräsident Maduro, nicht über die notwendigen Produktionskapazitäten verfügt, um den entsprechenden Ausfall zu decken.

## **21. März 2022**

### **Berichte: Frauenmorde 2017-2021, Januar 2022**

Die NGO Comité de Familiares de Víctimas del Caracazo (Cofavic) beziffert in einem am 15.03.22 veröffentlichten Bericht die Zahl der zwischen 2017 und 2021 von ihr registrierten gewaltsamen Frauentötungen auf 1.821, darunter mindestens 969 nachweisliche Femizide. Zudem waren 301 minderjährige Mädchen unter den Getöteten. Mehr als 40 % der Taten ereigneten sich im Zuhause der Getöteten, die meisten Taten wurden in den Bundesstaaten Zulia, Bolívar, Lara und Miranda verzeichnet. Im Januar 2022 registrierte die NGO Cepaz insgesamt 20 Femizide.

### **Jahresbericht: Extralegale Tötungen durch polizeiliche und militärische Kräfte 2021**

Die nichtstaatlichen Organisationen Provea und Centro Gumilla registrierten für 2021 mindestens 1.414 extralegale Tötungen durch Angehörige diverser Polizei- und Militäreinheiten, davon fast 99 % an Männern. Die Zahl liegt damit zwar mehr als 50 % unter den Zahlen des Vorjahres (3.034), ist jedoch nach wie vor mehr als doppelt so hoch wie 2018. Für etwa 25 % der Tötungen sei die Sonderermittlungseinheit Cuerpo de Investigaciones Científicas, Penales y Criminalísticas (CICPC) verantwortlich gewesen.

## **28. März 2022**

### **Stromausfälle in westlichen Bundesstaaten verstärken sich**

Im Rahmen eines Stromrationierungsplans (Plan de Administración de Carga) wird in den westlichen Bundesstaaten täglich für bestimmte Zeit der Strom abgeschaltet. Jedoch überschreiten die tatsächlichen die offiziell angekündigten Ausfälle Medienberichten zufolge seit einigen Tagen teils erheblich, in den sozialen Medien berichten Menschen in Táchira, Mérida, Trujillo, Zulia und Lara von bis zu zwölf Stunden täglich ohne Strom.

### **Bericht CASLA Institut: Verbrechen gegen die Menschlichkeit 2021**

Am 11.03.22 hat das CASLA Institut in Prag, eine NGO für Lateinamerika Studien, seinen Bericht „Licence to kill“ vorgestellt, welcher auf Zeugenberichten von Opfern sowie aktiven und im Exil lebenden Geheimdienstbeamten basiert, und dem IStGH vorgelegt worden ist. Der Bericht spricht von mindestens 55 Betroffenen, darunter 32 Zivilpersonen und 23 Militärangehörige, die im Jahr 2021 „Opfer von willkürlicher Inhaftierung, zeitweiligem gewaltsamen Verschwindenlassen, physischer oder psychischer Folter, grausamer, unmenschlicher und erniedrigender Behandlung sowie von Akten systematischer Repression aus politischen Gründen durch den venezolanischen Staat“ geworden sind. Dies geschehe unter Kenntnis und Billigung der obersten militärischen und zivilen Führung. Der Bericht schildert zudem die Anwendung diverser neuer Foltermethoden sowie die „Schulung“ durch kubanische Militärangehörige zur Umsetzung von Repressions-, Verhör- und Foltermethoden bis hin zu deren direkter Involvierung. CASLA geht zudem von einer hohen Dunkelziffer weiterer Fälle aus.

### **Vier indigene Yanomami im Bundesstaat Amazonas getötet**

Bei Auseinandersetzungen zwischen indigenen Yanomami und Angehörigen des Militärs im Gebiet Alto Orinoco des Bundesstaats Amazonas sind Berichten der NGO Provea zufolge am 20.03.22 mindestens vier Indigene getötet sowie drei weitere verletzt worden. Die Generalstaatsanwaltschaft hat eine Untersuchung angekündigt.

## 04. April 2022

### **HRW-Bericht: Menschenrechtsverletzungen, Zusammenarbeit ELN mit venezolanischen Sicherheitskräften**

In einem neuen, u.a. auf Zeugeninterviews basierenden Bericht vom 28.03.22 spricht Human Rights Watch (HRW) von zahlreichen Menschenrechtsverletzungen gegen die Zivilgesellschaft im kolumbianisch-venezolanischen Grenzgebiet, begangen von Angehörigen der FARC-Dissidentengruppen sowie der ELN-Guerilla. Der Bericht macht vorgenannte Gruppen für einen erheblichen Gewaltnstieg in den ersten Monaten 2022, mindestens 103 Tötungsdelikte zwischen Januar und Februar 2022 im kolumbianischen Bundesstaat Arauca, gewaltsame Vertreibung entlang der Grenze, Verschwindenlassen, Entführungen sowie Zwangsrekrutierungen, auch Minderjähriger, verantwortlich. Die ELN habe dabei teilweise gemeinsam mit venezolanischen Sicherheitskräften, insbesondere Angehörigen der Streitkräfte (FANB) und der Nationalgarde (GNB), gegen Post-FARC-Gruppierungen operiert. Zeugenberichten zufolge seien die Sicherheitskräfte auch in Übergriffe der ELN involviert gewesen.

### **Tötung von vier Mitarbeitern einer Farm**

Am 20.03.22 sind laut Angaben des Nationalen Verbands der venezolanischen Viehzüchter (Fedenaga) vier Mitarbeiter der Farm San Tomás in der Gemeinde La Cañada de Urdaneta im Bundesstaat Zulia durch Angehörige der kriminellen Gruppe J.L. Los Cañaderos getötet worden. Die Tötungsdelikte standen mutmaßlich in Zusammenhang mit vorher angezeigten Erpressungsversuchen. Bereits im Februar 2022 sprach das venezolanische Zentrum für Agrar- und Ernährungsstudien von einer Verschärfung der Konflikte um Landbesitz und -besetzung sowie zunehmender Gewalt in ländlichen Regionen inklusive Entführungen und Mordanschlägen. Auch die NGO Fundarede hat Übergriffe und Bedrohungen von Betrieben aber auch Mitgliedern der Zivilgesellschaft zu Zwecken der Erpressung (Forderung der Zahlung in USD) in Gebieten der Viehzucht registriert und vor entsprechenden Vorfällen gewarnt.

### **Armut, Ernährungslage, Tod von indigenem Kind aufgrund von Unterernährung**

In einem kürzlich erschienenen Bericht haben die Internationale Vereinigung für Menschenrechte und die NGO Provea vor einem exponentiellen Anstieg der Armut gewarnt, wovon 2021 fast 95 % der Gesellschaft betroffen waren. Laut den Organisationen sei die Korruption im Land mitverantwortlich, dass vorgesehene Mittel für die Nahrungsmittelproduktion und -verteilung nicht ihrem Ursprungszweck zugeführt worden seien. Vor allem Kinder und ältere Menschen seien laut Fachorganisationen am stärksten von Unterernährung betroffen. Am 22.03.22 berichteten Medien zudem vom Tod eines Kindes der indigenen Warao aus der Gemeinde Benítez im Bundesstaat Sucre aufgrund von erheblicher Unterernährung, ein weiteres sei in ein Krankenhaus eingeliefert worden. Weitere Kinder und ältere Menschen seien von Unterernährung betroffen, auch Tuberkulose würde sich wieder ausbreiten.

## 25. April 2022

### **Verhaftung nach satirischem TikTok-Video**

Medienberichten zufolge hat die Polizei am 18.04.22 die 72-jährige Olga Mata de Gil unter dem Vorwurf der „Anstachelung zum Hass“ verhaftet, nachdem die Rentnerin sich in einem Video auf dem Portal TikTok über verschiedene Politiker lustig gemacht hatte. In dem Video ist zu sehen, wie sie in einer komödiantischen Rolle verschiedene Füllungen landestypischer Maisfladen (Arepas) nach Politikern benennt. Einen sogenannten „Witwen“-Fladen, d.h. ohne Füllung, widmet sie Cilia Flores, der Ehefrau von Staatspräsident Nicolás Maduro. Auf die Anmerkung der sie filmenden Person, dass Flores doch gar keine Witwe sei, antwortet sie: „Gut, aber das wünschen wir doch alle“. Ihr Sohn wurde wegen „Anstiftung zur Ermordung von Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens“ ebenfalls inhaftiert, wobei seine Rolle bei der Erstellung des Videos unklar ist. Die Seniorin ist inzwischen wieder aus der Haft entlassen worden, muss sich jedoch alle 30 Tage bei den Behörden melden. Die Anklage gegen ihren Sohn wurde fallengelassen.

## 02. Mai 2022

### **Reform des Obersten Gerichtshofs**

Im Zuge der im Januar 2022 beschlossenen Reduzierung der Sitze des Obersten Gerichtshofes von 32 auf 20 zu dessen Reformierung, sind am 26.04.22 nach langer Verzögerung die neuen Richter benannt worden. Die NGO

Acceso a la Justicia sowie Oppositionsvertretende kritisierten die Ernennung von mehreren Personen, die bereits ihre zweite Amtszeit in diesem Gremium absolvierten, wenngleich Amtszeiten per Verfassung auf einen zwölfjährigen Term beschränkt sind.

### **Gewalt in der Grenzregion zu Kolumbien**

In ihrem monatlichen Bericht „Curva de la Violencia“ registrierte die NGO Fundarede im März 2022 in sechs Grenzstaaten zu Kolumbien (Zulia, Bolívar, Táchira, Apure, Amazonas und Falcón) insgesamt 71 Tötungsdelikte, 24 Fälle von Verschwindenlassen und 23 bewaffnete Zusammenstöße. Die Gewalt hat damit im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um über 14 % zugenommen.

### **Tödliche Tuberkulose-Ausbrüche in Gefängnissen**

Aus mehreren Gefängnissen des Landes sind in den vergangenen Wochen Tuberkulose-Fälle gemeldet worden. So verstarben am 23.04. bzw. 24.04.22 jeweils ein Häftling im Gefängnis von Tocuyito, Carabobo, mutmaßlich an Tuberkulose. Laut einem auf Twitter veröffentlichten Video von Gefangenen des Centro de Arrestos de San Carlos im Bundesstaat Zulia soll auch dort ein Gefangener im Zuge eines Tuberkulose-Ausbruchs verstorben sein.

## **16. Mai 2022**

### **Wirtschaftliche Lage: Angebot von Aktien staatlicher Unternehmen, Ausweitung der Ölkooperation mit Iran**

Am 11.05.22 hat Staatspräsident Maduro angekündigt, an der nationalen Börse ab 16.05.22 bis zu 10 % der Aktien ausgewählter staatlicher Unternehmen, darunter Öl-, Telekommunikations- und Gasunternehmen, nationalen, aber auch internationalen Investoren anbieten zu wollen. Medienberichten zufolge soll auch die seit dem Jahr 2020 bestehende Zusammenarbeit mit Iran im Energiebereich ausgeweitet werden. In deren Rahmen fanden in den letzten Jahren immer wieder Tauschgeschäfte von Öl statt, so wurde insbesondere iranisches Kondensat zur Verdünnung und Verarbeitung venezolanischen Schweröls für den Export eingeführt. Daneben lieferte Iran aber auch Ausrüstung zur Reparatur und Modernisierung von Öltraffinerien der staatlichen Ölgesellschaft PDVSA. Laut Angaben der iranischen Nachrichtenagentur IRNA vom 13.05.22 haben Iran und Venezuela im Rahmen des Plans zur Reaktivierung der Ölproduktion nach Gesprächen Anfang Mai einen Vertrag über Reparatur und Wiederinbetriebnahme der Förderanlage El Palito, Bundesstaat Carabobo, unterzeichnet. Nachdem seit Mitte April bereits etwa 600.000 Barrel iranisches Öl zur Ergänzung der Ölversorgung der PDVSA-Raffinerien eingeführt worden sind, sollen diesen Monat weitere 2 Mio. Barrel Öl sowie 1 Mio. Barrel iranisches Kondensat im Gegenzug für schweres venezolanisches Roh- und Heizöl importiert werden.

### **Sonderstaatsanwaltschaft für LGBTIQ-Rechte eingerichtet**

Am 11.05.22 hat Generalstaatsanwalt Saab über die Einrichtung einer Sonderstaatsanwaltschaft für Rechte von LGBTIQ-Personen berichtet. Diese wurde offiziell der Generaldirektion für Menschenrechte zugeordnet und soll künftig bei Delikten gegen LGBTIQ-Personen ermitteln.

## **30. Mai 2022**

### **Verleumdungsklage gegen Menschenrechtsverteidiger nach Bericht über extralegale Tötungen in Carabobo**

Am 16.05.22 haben die Menschenrechtsverteidiger Marino Alvarado (Provea) und Alfredo Infante (Centro Gumilla) eine Verleumdungsklage des Gouverneurs des Bundesstaates Carabobo, Rafael Lacava, gegen sie öffentlich gemacht. Diese steht in Zusammenhang mit dem im März 2022 vorgestellten Jahresbericht 2021 der beiden Organisationen (vgl. BN v. 21.03.22). In diesem wird die Polizei des Bundesstaates Carabobo als eine der tödlichsten Sicherheitskräfteeinheiten, verantwortlich für mehr als 220 mutmaßliche extralegale Tötungsdelikte im Jahr 2021, genannt. Zudem hatten die Menschenrechtsverteidigenden eine unabhängige Aufklärung entsprechender Taten, inklusive der Untersuchung einer möglichen Mitverantwortung des amtsinhabenden Gouverneurs, gefordert. Amnesty International forderte am 23.05.22 ein Fallenlassen der Klage und verurteilte die rechtlichen Schritte gegen die Arbeit der beiden Aktivisten.

## 13. Juni 2022

### **Zwei Tote bei Gefängnisaufrühr, Angehörige prangern Gewalt gegen Inhaftierte an**

Laut Angaben der venezolanischen Gefängnisbeobachtungsstelle (OVP) sind bei einem Aufstand am 31.05.22 im Gefängnis Centro Penitenciario de Oriente (bekannt als La Pica) im Bundesstaat Monagas zwei Männer getötet sowie sechs weitere verletzt worden. Am 08.06.22 veröffentlichte die OVP zudem Vorwürfe der Angehörigen von sechs in der Polizei-Station der Einheit des Cuerpo de Investigaciones Científicas, Penales y Criminalísticas (CICPC) in El Vigía im Bundesstaat Mérida inhaftierten Personen. Diese berichteten, dass die Gefangenen am 31.05.22 schwer verprügelt worden seien, einer davon wurde mit entsprechenden Verletzungen in ein örtliches Krankenhaus eingeliefert. Die Behörden sprechen hingegen von Streit zwischen den Gefängnisinsassen.

### **Angriffe auf Juan Guaidó bei Ortstermin**

Am 11.06.22 kam es bei einem Termin des Oppositionsführers Juan Guaidó in San Carlos im Bundesstaat Cojedes Medienberichten zufolge zu Beschimpfungen und körperlichen Übergriffen auf diesen. Die Opposition macht militante, regierungsparteinahe Personen sowie bewaffnete Colectivos für die Vorfälle verantwortlich. Laut eigenen Angaben in sozialen Medien habe Guaidó keine schweren Verletzungen erlitten.

### **Gentil Duarte (FARC) in venezolanischem Bundesstaat Zulia getötet**

Nach zahlreichen Medienberichten gab der kolumbianische Verteidigungsminister Molano am 26.05.22 die Tötung von Miguel Botache Santanilla, alias Gentil Duarte, am 04.05.22 im venezolanischen Bundesstaat Zulia bekannt, was FARC-Dissidenten am 30.05.22 bestätigten. Die Beschreibungen des genauen Tathergangs bzw. der Urheberschaft der Tötung variieren jedoch erheblich: Während FARC-Dissidenten die Tötung den kolumbianischen Streitkräften zuschreiben, sprechen andere Quellen von Zusammenstößen bzw. einem Angriff durch Mitglieder der ELN oder weiterer konkurrierender krimineller Gruppierungen, die zum Tod des einflussreichen Anführers der 7. FARC-Front führten.

## 20. Juni 2022

### **Gesundheit: Proteste, Kriminalisierung von Gesundheitspersonal**

Seit mehreren Wochen demonstrieren im Gesundheitssektor Beschäftigte gegen die Situation in Krankenhäusern, schlechte Bezahlung und ausstehende Boni. Laut Angaben von Arbeitsminister Torrealba hat deshalb am 15.06.22 ein Treffen mit Gewerkschaftsvertretern stattgefunden, Ergebnisse wurden nicht bekannt. Laut Angaben der NGO Medicos Unidos de Venezuela (MUV) wurde in den letzten Wochen immer wieder medizinisches Personal öffentlich angeprangert und verhaftet, da sie medizinisches Material und Medikamente gestohlen und außerhalb der Krankenhäuser weiterverkauft hätten. Bereits im April 2022 hatte Staatspräsident Maduro in diesem Zusammenhang verkündet, stärker gegen sog. Krankenhaus-Mafias und deren Beteiligte vorgehen zu wollen, bspw. durch den Einsatz von Kontrolleuren. Medizinische Organisationen wehren sich gegen entsprechende Vorwürfe und kritisieren stattdessen die Kriminalisierung von Gesundheitspersonal sowie das Fehlen vieler Medikamente in öffentlichen Gesundheitseinrichtungen, die Angehörige deshalb extern besorgen müssten.

Gruppe 62 - Informationszentrum Asyl und Migration  
Briefing Notes  
BN-Redaktion@bamf.bund.de